

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Deutschland 1.50 M. im voraus zahlbar. Für Postbestellung werden sämtliche Postgebühren entgegengenommen. Unter Preisnachlassungen für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 15.50 M. zuzüglich Vorkaufspreises, per Brief für Deutschland und Österreich 17.— M. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Roden 833—36, 2895 und 2896.

Interate kosten die achtst. Monatshefte oder drei Num. 2.20 M. zuzügl. 20% Anzeigen- und Organisationsgebühren. Die achtst. Monatshefte 2.40 M. zuzügl. 20%. Kleinanzeigen: Das tägliche Wort 1.15 Pfg., jedes weitere Wort 85 Pfg., zuzügl. 20%. Anzeigengebühren: Zeitungsgebühren, Familien- u. Organisationsgebühren. Interate kosten das tägliche Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 65 Pfg. zuzügl. 20%. Interaten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Roden 833—36, 2895—96, 9768

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Gegenrevolution auf der Lauer.

Gefahr im Verzuge!

Mit der Gerissenheit, die die deutschen militärischen Kreise seit jeher auszeichnet, haben die verkappten Kappisten neuerdings ihre Taktik geändert. Sie begnügen sich nicht damit, daß sie, die zehnmal täglich den Eid zu brechen bereit sind, sich heuchlerisch „auf den Boden der Verfassung“ stellen, um ihre Machtpositionen zu erhalten und weiter auszubauen. Sie beschränken sich nicht mehr darauf, daß sie der Justiz eine Nase drehen und die Regierung am Narrenseil herumführen, während sie gleichzeitig fieberhaft am Werke sind, ihren Verschwörerapparat auszubauen und alle „unzuverlässigen“ Elemente abzustößen. Sie gehen in den letzten Tagen an der ganzen Front zur Offensive über und suchen die Öffentlichkeit zu alarmieren, indem sie den Bolschewikenscheißer und die Gefahr angeblicher kommunistischer Tiefengänge an die Wand malen.

Es wäre unklug, wenn man diese planmäßige Agitation der rechtsstehenden Kreise auf die leichte Achsel nehmen und sie bloß als Wahlmanoeuvrere abtun wollte. Das fortgesetzte Loben der beiden Kappistenblätter, „Deutsche Zeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“, die sich brüderlich in der ihnen zugewiesenen Aufgabe teilen und sich gegenseitig die Stichworte zuwerfen, weist vielmehr auf einen bestimmten Plan der militärischen Verschwörer hin, denen es vor allem darum zu tun ist, neue Wirren heraufzubeschwören, um sich dann wieder als „Retter des Vaterlandes“ präsentieren zu können.

Der Komplize Knüppel-Kunze, Verlagdirektor Wulle, hat gestern in der „Deutschen Zeitung“ die geheime Absicht der militärischen Verschwörer ausgeplaudert, indem er nach Schilderung der drohenden Gefahr eines bewaffneten Aufstandes die Parole ausgab: „Wir verlangen eine Regierung der Tat.“ Das ist dieselbe Parole, mit der die Kappisten und die Baltikumer ihren Putsch vom 13. März inszenierten. Auch jetzt wird zur „Tat“ aufgerufen, um die „heiligsten Güter“ der bürgerlichen Ordnung vor der drohenden Gefahr des Unterganges zu retten. Auch jetzt wird, wie immer, wenn die Gegenrevolutionäre zu neuen Schlägen ausbrechen, die Lüge eines drohenden Aufstandes von links in die Welt gesetzt, um die Macht jenen in die Hände zu spielen, die den Aufstand von rechts inszenieren wollen.

Gleichzeitig mit der Parole der Regierung der „Tat“ gibt Herr Wulle einen weiteren „Tip“ für seine Anhänger aus. Es sei, so schreibt er, anzunehmen, daß bereits am 1. Mai eine Generalprobe veranstaltet werde. Ob an diesem Tage der kommunistische Aufstand losbrechen werde, stehe noch dahin. Aber die Gefahr sei riesengroß und die Ereignisse in Berlin ähnelten verzweifelt denen in München vor mehr als Jahresfrist, d. h. vor Beginn der Münchener Räterepublik. Mit diesen Andeutungen zieht Herr Wulle das Fazit aus der Veröffentlichung der angeblichen kommunistischen Aufstandspläne, die in den letzten Tagen in der „Deutschen Zeitung“ erfolgt ist. Er legt damit deutlich, daß diese Veröffentlichung erfolgt ist, um die Öffentlichkeit auf eine neue „Generalprobe“ am 1. Mai vorzubereiten.

Was über die sogenannten „Enthüllungen“ der „Deutschen Zeitung“ zu sagen ist, das hat bereits der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, Weiskmann, im „Vorwärts“ gesagt. Der sogenannte Kappplan stelle sich als das „phantasievolle Produkt eines reichlich verschrobene Kommunistenkopfes“ dar. Die an ihn geknüpften Beschränkungen seien maßlos übertrieben. In denselben Veröffentlichungen teilt uns Herr Staatskommissar Weiskmann mit, daß er in keinerlei Beziehungen dazu stehe. Er habe den Geheimbericht erst erhalten, nachdem er bereits 6 Stunden vorher in der „Deutschen Zeitung“ erschienen war. Der „Geheimbericht“ ist an den Geheimrat Weiskmann im Polizeipräsidium gerichtet worden. Dieser hat ihn, entgegen seinen Instruktionen und diszipliniert dem Reichswehrministerium mitgeteilt. Erst von dort ist der Bericht an den Staatskommissar gelangt. Da er inzwischen bereits veröffentlicht war, kann er also nur aus dem Reichswehrministerium in die „Deutsche Zeitung“ gelangt sein.

Die hier festgestellte Tatsache deutet mit besonderer Deutlichkeit die verdächtige Zusammenarbeit des Reichswehrministeriums mit der Kappisten-Ligue und ihren literarischen Trabanten in der deutschnationalen Presse auf. Was wir immer behauptet haben, bestätigt sich auch in diesem Falle.

Im Reichswehrministerium laufen die Fäden der militärischen Verschwörung zusammen; von hier aus wird das Gift der Verleumdung und Verhöhnung durch allerhand dunkle Kanäle in die Öffentlichkeit hinausgetragen; von hier aus wird jene „Stimmung“ vorbereitet, die die verbrecherischen Aktionen gegen das Volk und neue blutige Wirren erst möglich machen.

Doch darauf allein beschränkt sich die vorbereitende Arbeit der gegenrevolutionären Drahtzieher nicht. Von Tag zu Tag mehren sich die/Beize, daß die Kappisten-Ligue enge Beziehungen mit Arbeiterkreisen sucht, um mit Hilfe von Wirrköpfen und bezahlten Agenten die Arbeiterschaft zu putschistischen Aktionen zu veranlassen. Die militärischen Verschwörer haben darin schon einige Erfahrung. Aus einer Reihe von politischen Prozessen ist festgestellt worden, daß bei der Vorbereitung der vorjährigen „Aktionen“ im Januar und März militärische Provokateure ihre Hand mit im Spiele hatten. Wir wissen, daß Generalstabsoffiziere sich zu diesem Zweck in den Roten Soldatenbund und in sonstige geheime Komzellen einschlichen, um durch die Entfesselung putschistischer Aktionen den gewünschten Vorwand zum bewaffneten Einschreiten gegen die Arbeiterschaft zu liefern. Das Reichswehrministerium unter der Leitung Noskes hat dies hundertmalige Treiben nicht nur gebilligt, sondern mit allen Mitteln gefördert. Dieser Tradition sind auch die kappistischen Verschwörer während ihrer 5-Tage-Herrschaft gefolgt, um durch Fühlmanöver mit Arbeiterkreisen und durch „Ausbeutung“ ihrer militärischen Macht einen Zustand der Arbeiterverunsicherung herbeizuführen, den sie dann selbstverständlich in einem Meer von Blut ertränken hätten.

Diesen Plan verfolgen die militärischen Verschwörer zielbewußt und läßt weiter. Freiwillige und unfreiwillige Agenten dieser Verschwörer drängen sich an die Arbeiterschaft heran, um sie zu irgendwelchen „Aktionen“ zu veranlassen. Sie nutzen die Stimmung der Arbeiter, die über die Treibereien der Reaktion erbittert sind, aus, um ihnen nahezu legen, daß sie nur gemeinsam mit den „revolutionären“ Offizieren, nur durch Vorbereitung bewaffneter Aktionen der Reaktion Herr werden könnten. Sie berufen sich darauf, daß ja auch Lenin und Trotzky die Mitarbeit der alten zaristischen Generale und Offiziere gebraucht habe, um ihre Feinde niederzurufen und die „Diktatur des Proletariats“ aufzurichten. Dasselbe Ziel verfolgen angeblich auch die neugeborenen Freunde der Diktatur des Proletariats aus den Reihen der gegenrevolutionären Offiziers-Ligue, und leider finden sie sie und da Gehör bei jenen „national-bolschewistischen“ Wirrköpfen, Abenteurern und Spionisten, die neuerdings die Arbeiterschaft unruhig zu machen suchen.

Wir können nicht dringend genug vor den Einflüsterungen aller dieser zweifelhaften Elemente warnen. Wir fordern die Arbeiterschaft mit allem Nachdruck auf, ihre Reihen geschlossen zu halten und sich die abenteuerlichen Gestalten, die sich mit allerhand phantastischen Plänen an sie herandrängen, sehr sorgfältig anzusehen. Die Situation ist ernster als sie gemeinhin angenommen wird. Sie erfordert Wachsamkeit und Disziplin in den Reihen der Arbeiterschaft. Das Klassenbewußte Proletariat darf der auf der Lauer liegenden Gegenrevolution nicht die geringste Handhabe bieten, umabermals bewaffnet gegen es einzuschreiten und auf den Leichen ermordeter Arbeiter die Herrschaft der monarchistischen Reaktion aufzurichten.

Die Zukunft in Spa.

Die deutschen Vertreter gleichberechtigt.

Amsterdam, 27. April.

Nach einer Meldung des „Telegraph“ aus San Remo erklärte Lord George gestern abend bei einem Empfang italienischer Journalisten, die Alliierten würden bei der bevorstehenden Zusammenkunft in Spa die deutschen Vertreter als gleichberechtigt behandeln. Ein italienischer Diplomat bestätigte die Meldung als einen großen Sieg der neuen Politik.

In der Haft der Gardeleutnants.

Das Ergebnis der Beratungen in San Remo werden die Alliierten der deutschen Regierung in einer Note mitteilen, die inzwischen bereits überreicht sein wird. Durch das Sabas-Bureau wurde gestern bereits der Text der Note verbreitet. Das Wesentliche daran ist, daß die Alliierten selbst eine Beratung der deutschen Forderung auf Erhöhung der Heeresstärke mit der Begründung ablehnen, daß Deutschland zunächst einmal beweisen müsse, daß es bereit sei, den Friedensvertrag zu erfüllen. Der Hauptnachdruck wird dabei auf das Kapitel der Abrüstung gelegt. Und in der Tat ist die Erfüllung der im Friedensvertrag vorgesehenen Abrüstung der Prüfling des guten Willens der Regierung zur Erfüllung des Friedensvertrages. Ueber die Grenze der Leistungsfähigkeit für alle übrigen Verpflichtungen kann gestritten werden. Die Forderung der Abrüstung aber kann ohne jede Gefährdung für die deutsche Wirtschaft durchgeführt werden. Es war deshalb ein eigenartiger Aufstoß, den die Regierung in der Beantwortung dieser noch gar nicht eingetroffenen Note versuchte, in dem sie in der Pressekonferenz durch ihren Vertreter in völlig entstellender und irreführender Weise der deutschen Presse zu suggerieren versuchte, daß der Friedensvertrag auch in dieser Beziehung durchaus loyal erfüllt worden sei.

Der Genosse Henke hat in seiner großen Abrechnungsbrede zum Notetat in der gestrigen Sitzung in der Nationalversammlung der Regierung die Antwort auf diesen Versuch erteilt. Er wies darauf hin, daß der Außenminister Hoffter sehr irre, wenn er behauptet, daß allein die Koalitionsregierung das Vertrauen des Auslandes genieße. Diese Koalitionsregierung habe im Gegenteil dadurch, daß sie die loyale Erfüllung des Friedensvertrages gerade in der Frage der Abrüstung verhindert habe, am meisten dazu beigetragen, eine Revision des Friedensvertrages unmöglich zu machen. Die Einwohnerwehren widersprachen dem Friedensvertrag, sie wurden trotz des Protektes unserer Partei beibehalten, bis der Auflösungsbescheid der Entente kam. Entgegen dem Friedensvertrag ist die Armee noch immer nicht bis zum 10. April auf 200 000 Mann vermindert worden und beträgt mit ihren Freikorps heute immer noch fast 300 000 Mann. Ebenso ist die allgemeine Wehrpflicht noch immer nicht abgelaufen, so daß noch heute jeder auf Grund des Wehrgesetzes einberufen werden kann. Die Schließung der Festungen ist nicht in der vorgeschriebenen Weise durchgeführt worden. Die Betonarbeiten weisen so geringe Fortschritte auf, daß sie noch Ansicht der Kontrollkommission der Entente jederzeit wieder für den Vertheidigungszustand hergestellt werden können. Alle Geschütze, die das Kaliber 105 überschreiten, müssen noch dem Friedensvertrag abgeliefert werden. Auch das ist nicht geschehen. Man hat in den Festungen Königsberg und Königsfelden wahre Arsenalen solcher Geschütze angelegt, Rad an Rad, und Mündung an Mündung stehen sie dort aufgestellt. Ihre Zahl wird auf 6000 geschätzt. Ebenfalls sind die Panzerzüge, Tanks und Panzerautomobile, die zur Verstärkung der Entente bis zum 10. März hätten ausgeliefert werden müssen, abgeliefert oder zerstört. Keinerlei Kriegsmaterial ist den alliierten Kommissionen zur Verifizierung überliefert worden. Die Regierung behauptete freilich, daß sie selbst das Material zerstört habe, obwohl sie nach dem Friedensvertrag verpflichtet war, es auszuliefern. Aber als die Kontrollkommission der Entente die Trümmer des zerstörten Materials sehen wollten, waren auch diese nicht vorhanden. Sie waren angeblich der Industrie zur weiteren Verarbeitung überwiesen worden. Einzige und allein sogenannte Protokolle über die Verführung konnte man den Kontrollkommissionen vorlegen. Dagegen waren große Mengen von Waffen entzogen dem Friedensvertrag ins Ausland verschoben worden, nach China, nach Mexiko, nach Schweden und Holland. Ein effektiver Beweis dafür, wie wenig die Regierung selbst über die Waffenschaffen der Militärs bei der Umgehung des Friedensvertrages orientiert ist, ist der Fall in Stalin, wo die interalliierte Kontrollkommission 256 verladene Geschütze mit dem Ziel Königsberg und 13 Panzer mit Infanterie und Artilleriemunition entdeckte. Angesichts all dieser Tatsachen erklärte der Genosse Henke, daß der Reichskanzler kein Recht habe zu behaupten, daß allein die französische Regierung sich in der Haft ihrer Generale befindet. Vielmehr sei die deutsche Regierung nicht nur in der Haft ihrer Generale, sondern der Garniestellen und längsten Gardeleutnants.

Wants. Diese Regierung aber könne sich wahrlich nicht rühmen, das Vertrauen des Auslandes zu besitzen.

Der Reichswehrminister, der herbeigerufen wurde, um auf die schwersten Anklagen zu antworten, konnte nicht eine einzige widerlegen. Die Nichtablieferung der Geschütze gestand er zu. Ueber den Haß in Stettin, über die Tanks und die Panzerzüge, über das nicht abgeforderte Kriegsmaterial, über die Schließung der Festungen, über die allgemeine Wehrpflicht schwieg er schamhaft. Auch über die Heeresstärke konnte er keine genauen Angaben machen. Aber obwohl das Reichswehrministerium wiederholt bekanntgegeben hat, daß es die Stärke der Heereskräfte selber nicht kennt, bestritt er die Zahl von 300 000. Und weil er nichts widerlegen konnte, so versuchte er den Angriffen in der üblichen Art und Weise zu begegnen, und erklärte, die Regierung würde sich mit der Entente vielleicht über diese Fragen verständigen können, wenn nicht ihre Arbeit durch Denunziationen erschwert würde. Dieser lächerliche Vorwurf der Denunziation ist so abgedrückt, daß der Reichswehrminister ihn auch nicht mehr in einem Redenlag benutzen sollte. Selbstverständlich sind alle die Lauschen, die der Genosse Senke mitteilte, den Sozialdemokraten seit vielen Monaten bekannt. Diese Lauschen gerade sind es ja, auf die die Entente ihre ablehnende Haltung gegenüber den deutschen Wünschen auf Revision des Friedensvertrages gründet, die die deutsche Regierung aber der Öffentlichkeit sorgfältig verschweigt. Ein erbauliches Spiel war es, wie der Reichswehrminister, der selber kürzlich erklärte, daß er nicht den geringsten zuverlässigen Nachrichtendienst in seinem Amte hat, sich mühte, die Hoffentlichung zu widerlegen, daß er ein willenloses Werkzeug in den Händen seiner Offiziere sei. Gewiß, die Anklagen im Rummelager gestehen ihm nicht, aber das Geben und Kommen der Truppen rühre davon her, daß dort die ehemaligen Soldaten abgewickelt würden. Der Herr Reichswehrminister merkte gar nicht, wie sein er selbst von seinen Offizieren mit dieser Kunde eingewickelt worden war. Angesichts der neuen Uebergriffe von Reichswehrmännern in Bitterfeld verfiel der Reichswehrminister sich zu einem Satze, der in der Wahlbewegung nicht unberücksichtigt bleiben soll. Er erklärte, es ist gefährlich, wenn man die Reichswehr beschimpft. Er hätte hinzusetzen können, es ist auch für die Regierung gefährlich, wenn sie verliert, etwas gegen die Diffamierung der Offiziere zu unternehmen, und hätte damit voll und ganz die Auffassung des Genossen Senke bestätigt, daß diese Regierung sich widerstandslos in der Hand ihrer Offiziere befindet.

Sieg der U. S. P. Plauens über Rechtssozialisten und Kommunisten.

Bei der am Sonntag vorgenommenen Wahl zum Arbeiterrat der Stadt Plauen errang die Unabhängige Sozialdemokratie einen sehr bedeutenden Sieg. Ihre Liste erhielt 7179 Stimmen, während die der Rechtssozialisten nur 2529 und die der Kommunisten nur 2761 Stimmen ergab.

Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als durch das Wicken von Holz der Auftrieb erreicht war, als wenn es von der Zustimmung der gesamten Arbeiterkraft Plauens getragen gewesen sei und die Arbeiterschaft Plauens der notwendigen Schulung und politischen Führung vollkommen entbehren würde. Das Wahlergebnis hat demnach, daß dieses Urteil trügerisch ist. Mit Recht steht deshalb unser Plauener Parteiblatt fest, daß die Wahl nicht nur eine glänzende Niederlage der rechtssozialistischen Partei bedeutet, der bei der Arbeiterratswahl im Dezember 1918 noch 12 000 Wähler folgten, sondern daß auch die Kommunisten geschlagen sind. Auch ihre Hoffnungen seien an der gewaltigen Werkkraft der Unabhängigen Partei zerbrochen, weil sie, die sie anfangs gegen, zum Schluß für die unumgänglichen Experimente des Holz erklärten, sowohl dadurch als auch durch die Bitterkeit ihrer prinzipiellen und tatsächlichen Ansichten nur das Vertrauen eines geringen Teils der Arbeiterschaft zu geringem Vermögen. Selbst die Arbeitslosen haben nur zu einem kleinen Teil für sie gestimmt.

Welche Ursachen für diesen Erfolg der U. S. P. maßgebend sind, das geht aus dem folgenden Zitat der „Plauener Volkszeitung“ hervor:

Wir haben beharrlich nach dem Grundfals gearbeitet, daß die U. S. P. eine selbständige Partei zu betreiben habe. Wir sind keins in scharfer Abwehrstellung gegen den „Sozialismus“ rechtssozialistischer Fälschung gewesen und haben dessen Bestimmung als abgelehnt, mit den Kommunisten um die Wette nach dem Sagenreißer Utopia zu rennen. Wir führten gegen den Sozialismus die gleiche Linie nach rechts und links, dessen Schwärzlichkeit unsere Parteigenossen in manchen Orten dadurch aus dem Wege zu gehen suchten, indem sie sich von den Kommunisten in größerem Maße, als gut ist, beeinflussen und dirigieren lassen. Es ist gut mit den U. S. P.-Leuten zusammenzugehen, soweit sie mit uns die gleiche Richtung haben. Es ist aber verhängnisvoll, aus Bequemlichkeit oder Energielosigkeit sich von ihnen auf Geleisen fortzuführen zu lassen, wo der Wirtschaftskrisisboden für unser Schicksal steht und das revolutionäre sozialistische Stangenrad im Rebell beginnt. Wo die U. S. P. sich mit den Rechten gerren läßt, — wird sie von der U. S. P. verlassen und finden und finden an diesem Schicksal kein Vergnügen und haben es abgelehnt. Die Ergebnisse unserer Faltung haben uns in letzter Zeit Recht gegeben.

Die Stimmen unseres Plauener Parteiblatt in dieser Auffassung durchaus zu und empfehlen den Kandidat dieser Wahl besonders den Genossen zur Beachtung, die sich bisher von einer unangelegentlichen Annäherung an die U. S. P. den größten Vorzug für unsere Partei versprochen.

Minister Bauer übernimmt das Reichsverkehrsministerium. Nachdem die Berechtigung der Eisenbahnen nunmehr von der Nationalversammlung verabschiedet worden ist, hat Minister Bell seine Aufgabe als erledigt angesehen und dem Reichspräsidenten sein Resignationsschreiben eingereicht. Gemäß der bei der Bildung des gegenwärtigen Kabinetts getroffenen Abrede übernimmt der derzeitige Schatzminister Reichsminister Bauer das Reichsverkehrsministerium. Das Reichsfinanzministerium wird vor den Wahlen nicht neu besetzt. Minister Bauer hat sich bereit erklärt, behufs Vermeidung der bis zur Entscheidung eines Ministers erforderlichen Angelegenheiten das Amt kommissarisch zu verwahren.

Das Rhin ist das neue Ostpreußen. Zu einer Einreise in das neue Ostpreußen ist in einem Falle vorher das französische Visum eingeholt. Dazu ist es nötig, daß die Reisenden ihren Paß an die französische Pöbuzverwaltung des Zollinspektors Frankfurt am Main unter Vorlegung von 5,50 M. und Porto für den Paßantwort einreichen. Jedoch bezieht sich diese Vorschrift auf die Reisebesucher nicht. Diese befragen nicht des französischen Konsulats.

„Haenisch und die Malfier.“

Die wahren Sünden.

Minister Haenisch schreibt uns: In Ihrer Nummer vom Sonnabend abend bringen Sie unter der Ueberschrift „Haenisch gegen die Malfier“ eine Notiz, die ich nicht unvorbereitet lassen kann. Ich bitte folgendes feststellen zu dürfen:

Schon vor einigen Wochen habe ich daranacht, daß im preussischen Staatsministerium die Erklärung des 1. Mai zum allgemeinen Staatsfesttag erklärt wurde. Kuper mir waren auch die übrigen sozialistischen Minister selbstverständlich dafür, daß der 1. Mai in diesem Jahre ebenso von Staats wegen gefeiert werde, wie im vorigen Jahre. Wir beschloßen uns aber schließlich nicht dem Einwande, daß eine solche Regelung nicht für Preußen allein getroffen werden könne, sondern daß es dazu einer einheitlichen Anordnung für das ganze Reich bedürfte. Der Ministerpräsident Braun hat sich in diesem Sinne bean auch sofort mit den Reichsinstanzen in Verbindung gesetzt. Ich selbst habe, da für mich der Schulmaifester wegen die Sache von ganz besonderer Bedeutung war, das Gleiche getan, insbesondere habe ich mündlich und schriftlich bei den maßgebenden Stellen im Reichamt des Innern und bei dem Bureau der Nationalversammlung immer wieder darauf hingewirkt, daß der mehrschrittweise Antrag, den 1. Mai 1920 zum allgemeinen Feiertag zu erklären, unverzüglich verabschiedet werde. Jeder sind meine immer erneuten Bemühungen, das durchzuführen, vergeblich gewesen. So habe ich mich denn, da die Zeit außerordentlich drängte, entschließen müssen, wenigstens für Preußen eine vorläufige Regelung auf dem Verordnungsweg vorzunehmen. Daß diese Regelung die berechtigten Wünsche der sozialistischen Arbeiterschaft nicht befriedigt, weiß ich natürlich sehr. In Ermangelung eines Beschlusses der verfassungsmäßigen Instanzen im Reich und in Preußen konnte ich aber nicht mehr tun, als die Regelung in die Hand der einzelnen Gemeinden zu legen, anzurufen, daß die staatlichen Schulen sich nach den Beschlüssen der Gemeinden, in denen sie liegen, zu richten haben, und darüber hinaus zu verfügen, daß auch dort, wo Gemeindebeschlüsse für den Schulaufbau am 1. Mai nicht vorliegen, kein Lehrer und kein Schüler aus seinem Fernbleiben am 1. Mai irgend ein Nachteil erwachsen darf.

Ich hoffe, daß Sie nunmehr bereit sein werden, Ihre Eilmärkte „Haenisch gegen die Malfier“ umzuwandeln in die weit zutreffendere „Haenisch für die Malfier“.

Wenn auch noch kein Anlaß für dieser radikalen Umkehrung des Sinnes unserer Ueberschrift vorzuliegen scheint, so freut uns diese Zuschrift doch aus zweierlei Gründen. Einmal zeigt diese Demüthigung des Ministers um seine Rechtfertigung vor der Arbeiterschaft, daß Konrad Haenisch auch als Minister noch Wert auf sozialistisches Ansehen legt, wovon wir gern Notiz nehmen. Zweitens aber läßt sie erkennen, daß die Feinde des Sozialismus im Reichsministerium sitzen. Ihr von Haenisch gekennzeichnetes Bögen, das ihre Gegnerschaft gegen die Malfier zu erkennen gibt, ist unmittelbar nach der grandiosen Generalkonferenz der Arbeiterschaft besonders bezeichnend für das Maß, in dem der Wille der Arbeiterschaft in der Reichsregierung Beachtung findet. Das mag ein Beitrag zur politischen Orientierung im Wahlkampf und ein Kisporn zur Propaganda für eine glänzende Malfier durch Arbeitsruhe zugleich sein.

Ein ungeheuerliches Urteil.

Offen, 27. April.

Der Schriftsteller des „Ruh-Roh“, des Organs der U. S. P. D., Dr. Lachaise, ist heute vom außerordentlichen Kriegsgericht wegen Verbrechens gegen § 110 des Strafgesetzbuches (Ausreizung zum Ungehorsam) zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und wegen Hochverrats sofort in Haft genommen worden.

Dieses Urteil ist nur eines der vielen, die in den letzten Wochen im Ruhrgebiet gefällt worden sind, und die mit dem Rechtsempfinden der Masse im schärfsten Widerspruch stehen. Aber deutlicher als die anderen Urteile läßt gerade dieses Urteil die Tendenz erkennen, von der die Kriegsgerichte sich leiten lassen.

Eingesperrt in militaristisches Denken, können die mit Offizieren besetzten Kriegsgerichte nicht anders, als alle diejenigen, die ihrem rachedürstigen Willen in die Arme zu fallen suchen, mit ihrer Wut zu verfolgen. Diesem Streben verdankt dieses Urteil gegen den Redakteur unseres Offener Parteiblattes seine Entstehung. Sein unerklärlicher Kampf gegen die Verbrechen der Soldateska und das Eintreten für die Forderungen der Arbeiterschaft, haben die herrschenden Militärs nicht mit dem Verbot des Blattes zufrieden sein lassen, weil sie sich dem Wahn hingeben, daß solche Strafen abschreckend wirken könnten.

Sie irren sich, denn neue Erbitterung und neuer Jörn wird das Proletariat in Rheinland-Westfalen erlassen und immer seher wird seine Ueberzeugung werden, daß nur der energikste Kampf gegen den Militarismus und alle seine Helfershelfer solchen Zuständen ein Ende bereiten kann.

Der Weltfeiertag der Arbeit.

Der Vollausschuß der schottischen Grubenarbeiter hat beschlossen, daß alle Grubenarbeiter am 1. Malfieren und zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Kundgebung für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit veranstalten sollen.

Die Gewerkschaft der französischen Bergarbeiter hat gestern beschlossen, am 1. Mai in den Ausland zu treten, wenn bis dahin Kammer und Senat den Arbeitern der Eisenerzwerke nicht die gleichen Rechte wie den Bergarbeitern zu gestanden haben werden. „Welt Vorwärts“ meint, diese Bewegung könne eine Rückwirkung auf die Eisenbahner haben.

Der belgische Justizminister Vandervelde hat entschieden, daß von jetzt ab der 1. Mai als Fest der Arbeit zu betrauten ist, und daß das von seinem Ministerium abhängende Personal zu feiern hat.

Die geheimnisvollen Geschieße in Stettin.

Durch die Entente-Kontrollkommission sind in Stettin dieser Tage 288 Geschütze und 16 Röhre, vollbeladen mit Infanterie- und Artilleriemunition, entdeckt worden. Die Röhre wurden vom Vollausschuß in Stettin auf Anfordern der Ententeoffiziere beschlagnahmt. Als die Angelegenheit nun in einer Kabinettskammer zur Sprache

kam, erklärte der General Seeckt, daß es sich bei dieser Verchiebung von Geschützen, die angeblich für Königsberg bestimmt waren, um eine dem Reichswehrministerium durchaus bekannte und völlig gerechtfertigte Maßnahme handelte. Diese Erklärung muß um so mehr verblissen, als nach den Vorschriften des Friedensvertrages Deutschland überhaupt nur 288 Geschütze besitzen darf. Es ist selbstverständlich, daß derartige Vorfälle das schwerste Mißtrauen der Entente erregen müssen. Der Fall zeigt aber auch wieder die geschichte Art der Militärs in ihren Operationen. Stets beden die höheren Vorgesetzten, an der Spitze der Herr General von Frenck, die geheimnisvollen Nachenschaften der reaktionären und putschischen Untergebenen. Das war so im Falle der im Reichswehrministerium aufgedeckten Offiziersverschwörung, wie es jetzt wieder im Falle der Verchiebung von Geschützen und Munition in Stettin ist. Und der Herr Seeckt glaubt noch immer, daß es ihm gelingen werde, hinter die Nachenschaften seiner reaktionären Offiziere zu kommen.

Zur Kandidatenfrage.

Von dem Genossen Gustav Böfel erhalten wir im Auftrage des 6. Bezirks folgenden Artikel zu den Wahlen, den wir wegen Raummangels zwar nur gekürzt wiedergeben können.

Der große Sieg der Unabhängigen Sozialdemokratie im Jahre 1912 (110 Abgeordnete) ist in Wahrheit das Unglück des Sozialismus geworden. Denn muß das Sozialistat bei den Wahlen am 6. Juni et. zum 1. Reichstag der Republik wieder sein. Es darf sich nicht durch Parakondrescher und Schwandronne gänzlich ruinieren. Es muß aus seinen eigenen Reihen die richtigen Menschen auswählen, die dem revolutionären Sozialismus durch aus ergeben sind. Es darf nicht den Redner, sondern es muß den Menschen wählen.

Die Journalisten und Akademiker sind nur insoweit als Kandidaten zur Wahl geeignet, als sie schon in der verflochtenen Zeit den Sozialismus verstanden haben, daß sie ihn zu seiner Höhe, seinen Weiten und seinen Forderungen führen. Nichts anderes aber ein Teil der in Aufsatz kommenden Kandidaten muß genügen, um den Bedarf an Wissenschaftlern usw. zu decken. Das ist die Aufgabe der revolutionären Sozialisten, die sie wählen, sondern auch gerecht davor zu warnen.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 waren große Teile der Arbeiterkraft noch unangehört, weil infolge des kurzen Zeitraums, des Lebens der Partei und wegen der Mangel der sozialistischen U. S. P. fast keine Möglichkeit hatte, an die Massen heranzukommen.

Jetzt nach 15 Jahren bitterer Enttäuschung wird hoffentlich das Volk besser über sein Schicksal zu bestimmen wissen. Rechtlos ausgehört ist es natürlich noch lange nicht, und es muß leitend der U. S. P. die zur Wahl noch eine ungeheure Loyalität entgegen werden, um das Licht der Erkenntnis in die Massen hineingetragen.

Gegen Kapitalismus, gegen Reaktion und Militarismus gilt der Kampf. Der Wahlkampf muß von der U. S. P. D. aus eigener Kraft geführt werden.

Nach beendeter Wahlzeit wird es sich zeigen, ob annähernd Gleichheit zu uns, aus den anderen Lagern, aus dem Kampf hervorgegangen sind, und ob mit ihnen partiiert werden kann. Was dann zu tun ist, ergibt sich ganz von selbst.

Unsere Pflicht ist es jetzt, die noch nicht voll und ganz zu uns stehenden vor der Entschcheidung, also während des Wahlkampfes, zu uns heranzuziehen, damit sie mit uns für uns den Kampf führen helfen. Die Unabhängige Sozialdemokratie ist der Stützpunkt der großen Sozialdemokratischen Partei der 1912. Sie hat die Aufgabe, die Massen zu revolutionieren und um ihre Fahne zu führen. Wenn so der Boden zu erfruchtlichem Land bebaut ist, dann muß eine Saat ausgehen, eine Ernte angebracht werden, was die Welt noch keine gesehen hat.

Die Ausführung des Reichsorganisations erfordert den ganzen Mann. Derjenige, der des Mandat ausüben will, muß sich vor allen Dingen selbst prüfen, ob er die Befähigung, den Willen und die Kraft besitzt, dieses Amt, wenn auch nicht als glänzender Redner, so doch als fleißiger Arbeiter in den Kommissionen der Partei auszuüben und überall da, wo Zusammenkünfte erforderlich sind, anzugehen. Besser wäre es, ohne solche Mandate auszukommen, aber das Volk ist doch nun mal noch nicht soweit.

Diese Zeit wird und muß aber kommen, und dann wird auch dieses Wahlgang beiseite gestellt werden können.

In der Bezirks-Generalsammlung am kommenden Freitag, wo die Abgeordneten nominiert werden, muß auch eine Kommission gewählt werden, der die Zusammenfassung der Kandidaten übertrugen wird, damit der Gewerkschaft und der Klugheit nach jeder Richtung hin, auch in dieser Beziehung Genüge geschieht.

Reinigung in Opreußen.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben in Opreußen Verurteilungen und Suspendierungen von Landräten stattgefunden. Die Landräte Schumann, Jasterburg, Dr. Wicher, Angerburg, von Marius, Dorstheim, Regierungsrat Dr. Schmiege, Bistallen, Dr. Simon, Gumbinnen und Dr. Konstantin, Labiau sind beurlaubt, die Landräte Freiherr Schuch von Ahsenrade, Stalkupönen, Jwider, Rognit und der stellvertretende Landrat Dr. Voll-Riederung Heinrichswalde sind vom Dienste suspendiert worden.

Richtigstellung. Genosse Zubeil bittet um Aufnahme nachträglich vorgeschlagener Anträge in seiner letzten Sitzung vom Sonnabend, den 24. d. M., läßt mich der Bericht der „Freiheit“ sagen: „Am Letztvertrieb können auf andere Weise die notwendigen Ersparnisse gemacht werden, durch Entlassung zahlreicher überflüssiger Kräfte.“ Ich habe nach dem Stenogramm gesagt: „Wenn die Kräfte, die in großer Zahl im Volkbetrieb vorhanden sind, an den richtigen Platz gestellt werden, das Aufsichtspersonal auf das notwendige eingeschränkt wird, und nicht, wie es geschieht immer mehr vermehrt wird, könnten große Ersparnisse gemacht werden. Nach unten wird gepart und entlassen, damit für die Speisesteller noch oben Platz geschaffen wird.“

Berichtigung. Genosse Stolt bittet um seine Ausführungen auf der Bezirksgeneralsammlung Leitau-Beetzow dann zu berücksichtigen, daß er gesagt hat: „Ich will die wichtigsten Kräfte von ihren Höfen entfernen“, nicht, wie es in unserem Bericht von Montag früh steht: „aus der Partei entfernen.“

Berichtigung der Kräfte des Erzberger-Ministers. Das Reichsgericht hat die Revision des ehemaligen Reichsrichters Clivio G. Hirschfeld verworfen, der am 21. Februar vom Schwurgericht beim Landgericht I in Berlin wegen schwerer Körperverletzung, begangen durch einen am 26. Januar vor dem Reichsgericht Sozialdemokraten auf den damaligen Reichsinstanten Erzberger abgegebenen „Hakenknip“ zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist.

Verständigung des Londoner Vertrags. Wie aus London gemeldet wird, teilte Bonar Law gestern im Unterhause mit, daß der Londoner Vertrag von 1915 in einigen Tagen verabschiedet werden wird. Bekanntlich ist Italien auf Grund dieses Vertrages auf seinen der Allierten in den Krieg eingetreten. Nach sein Verabschiedung in Wien, Döbblingen. Der Vertrag über die Abgrenzung der Balkanländer wurde gestern von der Kammer der Abgeordneten keine Ratifizierung beschlossen.

Außerordentlicher Verbandstag der Zimmerer.

Der vom 28. bis 30. April in Hamburg tagende Verbandstag hatte sich in reifer Eile mit dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen über den am 31. März d. J. abgelaufenen, vorläufig bis 28. Mai verlängerten Reichstarifvertrag für das Baugewerbe zu beschäftigen.

Der Verbandstag hat sich mit der Verhandlung über den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe beschäftigt. Die Verhandlung über den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe ist das einzige Ergebnis, das bisher erzielt worden ist.

Außerordentlicher Verbandstag der Holzarbeiter.

Berlin, 27. April. Dritter Verhandlungstag. Nach Erledigung der Fragen „Lohnbewegungen“ wurde nachfolgende Resolution angenommen:

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angergruber. „Und könnt' dich etwa mit sein? Bedenk' dich, ob' so geg'n dein' eigen Fleisch und Blut handelst!“

Nicht weniger notwendig erscheint eine einheitliche Regelung der Lohnbewegungen. Es ist Aufgabe aller Verbandsmitglieder, den Widerstand der Unternehmer gegen das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften bei der Lohnbewegung zu brechen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

auf acht Stunden und die Verpflichtung, auf Land und auf anderen Fahrzeugen zu arbeiten. Auch soll den Schiffsmannschaften die Sonntagsruhe verweigert werden.

Lohnbewegung in der Stud- und Gipsbaubranche.

Nachdem die Lohnbewegung, wie von den Arbeitgebern beabsichtigt, einen Tarifvertrag mit den Arbeitnehmern abgeschlossen, gelangt war, wurde der erste Verhandlungstermin zum 18. April festgesetzt.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen. Der Verbandstag hat das Angebot des Arbeitgeber-Verbands an den Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Gewerkschaftliches.

Allgemeiner Streik in der Binnenschifffahrt.

Die gesamten Schiffsmannschaften der Elbe, Oder und der Märkischen Wasserstraßen sind in den Streik eingetreten. Sie fordern eine Lohnbewegung von 80 %.

Die gesamten Schiffsmannschaften der Elbe, Oder und der Märkischen Wasserstraßen sind in den Streik eingetreten. Sie fordern eine Lohnbewegung von 80 %.

Die gesamten Schiffsmannschaften der Elbe, Oder und der Märkischen Wasserstraßen sind in den Streik eingetreten. Sie fordern eine Lohnbewegung von 80 %.

Die gesamten Schiffsmannschaften der Elbe, Oder und der Märkischen Wasserstraßen sind in den Streik eingetreten. Sie fordern eine Lohnbewegung von 80 %.

Die gesamten Schiffsmannschaften der Elbe, Oder und der Märkischen Wasserstraßen sind in den Streik eingetreten. Sie fordern eine Lohnbewegung von 80 %.

Die gesamten Schiffsmannschaften der Elbe, Oder und der Märkischen Wasserstraßen sind in den Streik eingetreten. Sie fordern eine Lohnbewegung von 80 %.

Neuregelung der Löhne im Elbhandels.

Die Tarifbewegung der Elbhandelsarbeiter hat, soweit die Löhne in Frage kommen, einen günstigen Verlauf genommen. Auf Grund der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband sind die Löhne ab 1. April 1920 wie folgt geregelt:

Die Tarifbewegung der Elbhandelsarbeiter hat, soweit die Löhne in Frage kommen, einen günstigen Verlauf genommen. Auf Grund der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband sind die Löhne ab 1. April 1920 wie folgt geregelt:

Die Tarifbewegung der Elbhandelsarbeiter hat, soweit die Löhne in Frage kommen, einen günstigen Verlauf genommen. Auf Grund der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband sind die Löhne ab 1. April 1920 wie folgt geregelt:

Die Tarifbewegung der Elbhandelsarbeiter hat, soweit die Löhne in Frage kommen, einen günstigen Verlauf genommen. Auf Grund der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband sind die Löhne ab 1. April 1920 wie folgt geregelt:

Die Tarifbewegung der Elbhandelsarbeiter hat, soweit die Löhne in Frage kommen, einen günstigen Verlauf genommen. Auf Grund der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband sind die Löhne ab 1. April 1920 wie folgt geregelt:

Die Tarifbewegung der Elbhandelsarbeiter hat, soweit die Löhne in Frage kommen, einen günstigen Verlauf genommen. Auf Grund der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband sind die Löhne ab 1. April 1920 wie folgt geregelt:

Die Tarifbewegung der Elbhandelsarbeiter hat, soweit die Löhne in Frage kommen, einen günstigen Verlauf genommen. Auf Grund der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband sind die Löhne ab 1. April 1920 wie folgt geregelt:

Die Tarifbewegung der Elbhandelsarbeiter hat, soweit die Löhne in Frage kommen, einen günstigen Verlauf genommen. Auf Grund der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband sind die Löhne ab 1. April 1920 wie folgt geregelt:

Die Tarifbewegung der Elbhandelsarbeiter hat, soweit die Löhne in Frage kommen, einen günstigen Verlauf genommen. Auf Grund der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband sind die Löhne ab 1. April 1920 wie folgt geregelt:

Die Tarifbewegung der Elbhandelsarbeiter hat, soweit die Löhne in Frage kommen, einen günstigen Verlauf genommen. Auf Grund der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband sind die Löhne ab 1. April 1920 wie folgt geregelt:

